Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)

AUSGABE 04.2016 | DIE LINKE. | SPENDENBEITRAG AB 0,50 €

Rassistischer Überfall auf Geflüchtete in Frankfurt (Oder)

Zu dem Angriff am Montag auf vier Geflüchtete in Frankfurt (Oder), erklärt der Landtagsabgeordnete René Wilke:

„Ich verurteilte diesen abscheulichen, offenkundig rassistisch motivierten und menschenverachtenden Angriff auf das Schärfste! Frankfurt (Oder) steht als deutsch-polnische, europäische Doppelstadt mit der Europauniversität Viadrina und einer bundesweit gelobten dezentralen Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, für Weltoffenheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit. Das hat eine große Mehrheit der FrankfurterInnen bei Gegendemonstrationen zu rassistischen Kundgebungen immer wieder unter Beweis gestellt. Die Täter gehören bestraft und stehen in keinster Weise für das Klima in unserer Stadt."

weitere Informationen auf Seite 9

GESCHICHTEN AUS DER LOOPINGZEIT

Lesung des neuen Buches von Frank Hammer

mit Dietmar Bartsch, Thomas Nord, Helmuth Markov, Kerstin Osten, Kerstin Meier, Sandra Seifert und weiteren

22. Juni 2016 - 17:00 Uhr im Kabarettkeller der Oderhähne

FOTO: NAILIASCHWARZ / PHOTOCASE.DE

1. Juni: Kindertag

Soziale Ungerechtigkeit trifft Unschuldige

Die Einrichtung eines internationalen, jährlich stattfindenden Kindertages. Das war das Ziel einer Resolution auf dem 2. Weltkongress der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) im Dezember 1948. Schließlich wurde auf einer Ratstagung im November 1949 der 1. Juni als Datum des Kindertages festgelegt und der Weltbund der Demokratischen Jugend schließ sich dieser Idee Januar 1950 an.

So etablierte sich seit 1950 der 1. Juni als Kindertag in vielen, selbsternannten sozialistischen Staaten.

Obwohl der offizielle "Internationale Tag der Kinderrechte" der UN auf den 20. November festgelegt wurde, da dies der Jahrestag der Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention (KRK/UN-KRK) durch die UN-Vollversammlung ist und die BRD offiziell den 20. September als Weltkindertag anführt, möchte ich diesen, besonders in den neuen Bundesländern sehr geprägten und agitierten Tag als Anlass nehmen, Kinderrechte in den Fokus zu rücken. Prinzipiell haben Kinderrechte einen besonderen, auch teilweise revolutionären Charakter. So geht es darum, Kinder nicht mehr als Objekte, sondern als Subjekte und damit als Träger*innen eigener Rechte anzuerkennen. So haben mittlerweile 196 Staaten die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert, also alle Mitgliedsstaaten außer der USA (zusätzlich ratifizierten 4 Nichtmitgliedsstaaten die KRK; der UN gehören 192 Staaten an). Damit ist das Übereinkommen über die Rechte der Kinder die meist gezeichnete Konvention der Welt.

> „Trotz mehrerer Initiativen und zwei Aufforderungen eines UN-Ausschusses wurden Kinderrechte noch nicht ins Grundgesetz aufgenommen."

Einige Staaten taten dies aber nur unter Vorbehalt, so auch die BRD. Erst durch eine Bundesratsinitiative im Frühjahr 2010 wurde die Vorbehaltserklärung zurückgenommen. Bis zu dieser Entscheidung stand also nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Deutschland die konsequente Umsetzung der UN-Konvention noch aus. In diesem Sinne waren beispielsweise geflüchtete Kinder schon mit 16 statt 18 Jahren bis 2010 volljährig, mit allen rechtlichen Konsequenzen. Dies war ein klarer Verstoß gegen das Gebot der Nichtdiskriminierung, nach welchem alle Kinder die gleichen Rechte zugestanden werden müssen.

So weit so gut. Allerdings steht insbesondere in Deutschland eine weitere, bedeutungsvolle Entwicklung für Kinderrechte noch aus: Trotz mehrerer Initiativen und zwei Aufforderungen eines UN-Ausschusses wurden Kinderrechte noch nicht ins Grundgesetz aufgenommen. Kinder besitzen im heutigen Deutschland also immer noch keine eigene verfassungsrechtliche Stellung - ein Zustand welcher nicht hinnehmbar und höchst änderungsbedürftig ist! Praktisch gesehen sind für Kinder als nur von den Eltern abgeleitete Grundrechte über unsere Verfassungsgerichtsbarkeit einklagbar.

➔ Fortsetzung auf Seite 3

8. Mai:
Tag der Befreiung
➔ SEITE 4

Ende Gelände:
Proteste gegen die Nutzung der Braunkohle in der Lausitz
➔ SEITE 5

Gleichberechtigung endlich durchsetzen:
Frauen in MINT-Berufe!
➔ SEITE 7

Überfall auf Geflüchtete in Frankfurt (Oder):
Rassismus bekämpfen!
➔ SEITE 9

Termine

01. Juni
Internationaler Kindertag

Vereinte Nationen (UN)
05. Juni
Welttag der Umwelt (Weltumwelttag)

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
06. Juni
Welttag der russischen Sprache

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
08. Juni, 17:00 Uhr
Sitzung des Kreisvorstandes
Beratungsraum, Kreisgeschäftsstelle, Zehmeplatz 11
www.dielinke-ffo.de

Vereinte Nationen (UN)
08. Juni
Tag des Meeres (Tag der Ozeane)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
11. Juni, 09:00 bis 12:00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Konferenzraum 2, Kleist Forum Frankfurt (Oder), Platz der Einheit
www.dielinke-ffo.de

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)
12. Juni
Welttag gegen Kinderarbeit

12. Juni 1929
✳ Annelies Marie (Anne) Frank

Vereinte Nationen (UN)
17. Juni
Welttag für die Bekämpfung der Wüstenbildung und der Dürre

18. Juni 1936
† Maxim Gorki

Vereinte Nationen (UN)
20. Juni
Welttag des Flüchtlings

22. Juni , 17:00 Uhr
Lesung des neuen Buches von Frank Hammer
"Geschichten aus der Loopingzeit"
mit Dietmar Bartsch, Thomas Nord, Helmuth Markov, Kerstin Osten, Kerstin Meier, Sandra Seifert und weiteren
Kabarettkeller Oderhähne, Rathaus Frankfurt (Oder)
www.oderhaehne.de

LINKE, Linksfraktion im Bundestag, Delegation DIE LINKE in der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Tageszeitung neues deutschland
25. Juni 2016, 10:00 bis 19:00 Uhr
Fest der LINKEN
Die Vorbereitungen für das Fest der Linken 2016 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz, in unmittelbarer Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses, laufen auf Hochtouren, das Programm nimmt langsam Form an. Natürlich ist die Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr wieder auf dem Fest der LINKEN präsent. Was wird geboten? Natürlich neben dem bunten Markttreiben mit Ständen, dem gastronomisches Angebot aus lokal und europäisch, den Kleinkunstangeboten und den Kinderangeboten vor allem politische Information, Diskussionsrunden, Gespräche und Interviews, Politikerinnen und Politiker zum Anfassen und vieles mehr.
Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin
www.fest-der-linken.de

Vereinte Nationen (UN)
26. Juni
Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

26. Juni 1908
✳ Dr. Salvador Allende

28. Juni
Cristopher Street Day
Der CSD erinnert an den ersten bekanntgewordenen Aufstand von Homosexuellen und anderen sexuellen Minderheiten gegen die Polizeiwillkür in der New Yorker Christopher Street: In den frühen Morgenstunden des 28. Juni 1969 fand in der Bar Stonewall Inn der sogenannte Stonewall-Aufstand statt. Zu dieser Zeit gab es immer wieder gewalttätige Razzien der Polizei in Kneipen mit trans- und homosexuellem Zielpublikum.

Alle Termine im Internet unter:
www.kalender.dielinke-ffo.de

Historische Ereignisse

06. Juni 1944
D-Day
Landung alliierter Truppen in der Normandie

17. Juni 1953
Normerhöhungen, die Verschlechterung der Lebenslage und vorausgegangene Fehlentscheidungen der Regierung lösen in zahlreichen Orten der DDR spontane Betriebsversammlungen, Streiks und Demonstrationen aus, die sich unter den Bedingungen des kalten Krieges zum politischen Konflikt zuspitzen.

20. Juni 1948
Die Währungsreform in den drei Westzonen ordnet das Geldwesen neu und spaltet zugleich die Währungseinheit Deutschlands. Wenige Tage später wird auch in der sowjetischen Besatzungszone eine Währungsreform durchgeführt. Die Auseinandersetzungen um die Währungsreform in Berlin münden in der Berlin-Blockade.

22. Juni 1933
Verbot der SPD. Andere Parteien und Organisationen lösen sich selbst auf oder werden gleichgeschaltet.

22. Juni 1941
Überfall der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion („Unternehmen,Barbarossa“) unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom August 1939.

Bundestagswahl 2017

Am **17. September 2016** veranstalten die Kreisverbände Frankfurt (Oder) und Oder-Spree die **Aufstellungsversammlung zur Wahl einer Direktkandidatin bzw. eines Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2017.**
Mögliche Interessent*innen an einer Kandidatur mögen dies bitte ihren jeweiligen Kreisvorständen anzeigen, eine Bewerbung/Kandidatur am 17. September ist ebenfalls möglich. Die Veranstaltung findet in der Frankfurter Konzerthalle als Gesamtmitgliederversammlung (GMV) unseres Bundestagswahlkreises statt.

Zum Geburtstag gratulieren wir sehr herzlich:

Monika Nauschütz am 27.05. zum 75.; Helga Schulz am 29.05. zum 83.; Anneliese Schunke am 29.05. zum 79.; Magdalena Bakalara am 30.05. zum 85.; Gertrud Heuckrodt am 31.05. zum 89.; Jürgen Finger am 02.06. zum 82.; Herdegen Fehlhaber am 03.06. zum 81.; Annemarie Fengler am 04.06. zum 78.; Lieselotte Hörath am 07.06. zum 84.; Hans–Dieter Rüdiger am 09.06. zum 75.; Gerhard Fürstenberg am 13.06. zum 81.; Anita Jenichen am 14.06. zum 81.; Ralf Lustig am 17.06. zum 74.; Brunhilde Hähne am 27.06. zum 92.

FOTO: PIPPILOTTA* / PHOTOCASE.DE

➔ Fortsetzung von Seite 1

Mit diesem momentanen Zustand kommt die BRD dem Artikel 4 der UN-KRK nicht nach. Dort heißt es: "Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit."

Zusätzlich ist in Artikel 44 der UN-KRK geregelt, dass ein Vertragsstaat alle fünf Jahre einen Bericht über die Situation und Umsetzung von Kinderrechten vorzulegen hat. Hier haben sich bisher die Bundesregierungen leider wenig pflichtbewusst gezeigt: der zweite Bericht wurde mit über vier Jahren 2004 vorgelegt, den Termin für den dritten Bericht hat sie versäumt und zusammen mit dem vierten erheblich verspätet 2010 vorgelegt. Somit steht aktuell ein fünfter Bericht aus, welcher auch verspätet sein dürfte.

Zur offiziellen Regierungsberichterstattung wird außerdem ein Schattenbericht der Nichtregierungsorganisation "National Coalition (NC)" veröffentlicht, welcher sich kritisch zum Regierungsbericht verhält und dem entsprechenden UN-Ausschuss Empfehlungen für die Behandlung des Regierungsberichts ausspricht. Die NC besteht bundesweit aus rund 100 Organisationen und Initiativen, die sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammengeschlossen hat um die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Deutschland bekannt zu machen, ihre Umsetzung zu kontrollieren und voranzubringen.

Entsprechend der bereits ausgeführten, nichtzufriedenstellenden Situation der Vorlegung der Berichte seitens der Bundesregierung, ist der aktuellste ergänzende, kritische Bericht der NC von 2010. Trotzdem lassen sich mit Hilfe dieses Dokuments gut leider noch existierende Problemfelder und Fehler der Regierung aufzeigen.

Die aktuellen Problematiken fangen schon beim Verständnis der Konvention an, so sieht die Bundesregierung (Zu dem Zeitpunkt war das Kabinett Merkel II, also die konservativ-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP an der Macht auf Bundesebene. Dennoch lässt sich viel auch auf Fehlverhalten der aktuellen Bundesregierung (Kabinett Merkel III) hinführen und schlussfolgern) scheinbar die UN-KRK eher programmatisch als rechtlich verpflichtend.

„Der Kinderschutzbund rechnet mit bis zu 4,5 Millionen armen Kindern im Jahre 2030, eine ungefähre Verdopplung des Status Quo. “

So wird das Gebot der Nichtdiskriminierung nach Artikel 2 strukturell im deutschen Schulsystem verletzt, da der Ausschluss von Kindern mit Behinderung vom allgemeinen Schulsystem diskriminierend ist. Diese Erkenntnisse müssten im Sinne des Artikel 2 in ein inklusives Bildungssystem münden - so wie es DIE LINKE fordert. Des Weiteren findet insbesondere systematisch eine Diskriminierung von Kindern ausländischer Herkunft statt. Geflüchtete Kinder werden in Hinblick auf gewährte Sozialleistungen, Bewegungsfreiheit, Bildung und Förderungen diskriminiert. Im Bildungsbereich und bei der gesellschaftlichen Partizipation lässt sich die Diskriminierung auf Kinder mit Migrationshintergrund ausweiten. "Vergessen" wurde im Regierungsbericht übrigens Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung, jedoch ist das auch für Kinder ein sehr wichtiges Thema, da zum Beispiel Coming Outs in einer offeren Gesellschaft auch immer früher geschehen. Generell gilt jedoch: Kein Kind ist gleicher als andere!

Artikel 3: Prinzip des Kinderwohlvorrangs. Dieser Grundsatz ist laut KRK bindende Ermessensgrundlage für jegliche Gesetzgebung, Verwaltungshandlung oder Rechtsprechung anzusehen, bei der mittel- oder unmittelbar Kinder betroffen sind. Dieses Prinzip wird aktuell besonders bei Geflüchteten und Familien in prekären Lebenssituationen missachtet. Zugespitzt ist das eine Form institutionalisierter Diskriminierung, insbesondere wenn die Bundesregierung dazu eine Empfehlung des UN-Ausschusses nicht umgesetzt hat.

Im Artikel 6 wird das Recht eines Kindes auf Leben, Überleben und Entwicklung festgeschrieben. Die Bundesregierung hat hier keinerlei Zielvorgabe für ihre Politik - unzureichend.

Bei der Berücksichtigung der Meinung des Kindes (Artikel 12) begrüßt die Bundesregierung zwar die Absenkung des Wahlalters in einigen Ländern und Kommunen auf 16 Jahre, schlussfolgert aber nicht auf eine mögliche Absenkung des Wahlalters auch auf Bundesebene - dabei ist doch die Möglichkeit der Partizipation für die Demokratie und den Ausdruck einer eigenständigen Persönlichkeit essentiell!

Letztendlich lassen sich vieler der Verstöße dieser und weiterer Kinderrechte auf ein gesamtgesellschaftliches Problem zurückführen: Soziale Ungerechtigkeit. Dabei sind Kinder gesamtgesellschaftlich leider gute Indikatoren - sie sind arm weil ihre Eltern arm sind und werden in Problematiken hineingeboren, für die sie nichts können. Der Kinderschutzbund rechnet mit bis zu 4,5 Millionen armen Kindern im Jahre 2030, eine ungefähre Verdopplung des Status Quo. Deswegen wird Kinderarmut nun besonders in der Kinderkommission behandelt, initialisiert durch den momentanen Vorsitzenden der KiKo, Norbert Müller (DIE LINKE). Allgemein lässt sich jedoch konstatieren: die soziale Ungerechtigkeit muss politisch gelöst werden, auch zum Wohle der Kinder. Dazu passt keine Große Koalition, die sich für eine Kindergelderhöhung von sechs Euro feiern lässt doch die wahren Probleme und Ursachen von sozialer Ungerechtigkeit nicht angeht.

Tom Berthold
Schüler des Karl-Liebknecht-Gymnasiums
Landessprecher der Linksjugend ['solid] Brandenburg
www.squat.blog.linksjugend-solid-brandenburg.de/

8. Mai: Tag der Befreiung

Rede der Kreisvorsitzenden der Frankfurter LINKEN, Sandra Seifert auf der Gedenkkundgebung zum 71. Jahrestag der Befreiung am 08. Mai 2016

„Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich danke Ihnen und Euch, dass wir heute zusammengekommen sind, um der vielen Millionen Toten der Nazi-Barbarei zu gedenken und gemeinsam den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus zu begehen.

Der Blick auf 1945 ist mehr als eine historische Rückschau. Er schließt Fragen ein, die aktuell bleiben und es erneut sind. Rechtsextremismus, Nationalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine Themen der Vergangenheit. Der rasant zunehmende Rechtsruck in Europa und gerade auch in Deutschland macht mir angst! Die FPÖ feiert aktuell unsägliche Wahlerfolge und schickt sich an, in Österreich den Bundespräsidenten zu stellen. Unerträglich!

Die AfD kann fast ungehindert einen Bundesparteitag abhalten, beschließt ein Programm, das vor Menschenverachtung, Rechtspopulismus und Rückwärtsgewandheit nur so strotzt und erzielt dennoch (oder gerade deswegen?) große, zweistellige Umfragewerte. Das macht mich wütend! Für mich ist es heute wichtiger denn je, an den mörderischen Irrweg zu erinnern, in den Nationalismus, Rassismus und Krieg geführt haben. Offenbar haben immer mehr Menschen auch in Deutschland keine Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit gezogen.

Der antifaschistische Konsens bei der Gründung unserer Zivilgesellschaft wird durch die Zunahme an rassistischen Aufmärschen und fremdenfeindlichen Übergriffen mit Füßen getreten. Rechte Parteien wie die AfD befinden sich überall in Europa im Aufwind, rassistische Bewegungen wie PEGIDA haben unvermindert Zulauf.

Der Blick über die Oder ist nicht minder beängstigend: mit dem politischen Rechtsruck in Polen fehlt es am konstruktiven Partner in der EU. Gestern marschierten polnische und deutsche Neofaschisten und rechte Hools wenige hundert Meter von uns hier entfernt in unserer Nachbarstadt Slubice und skandierten ihre menschenverachtenden Parolen zu Flüchtlingen und Asylpolitik.

Die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte und das Allmachtstreben von Wirtschafts- und Finanzmagnaten haben unsere Gesellschaft gespaltet - Entsolidarisierung und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Faschismus. Die richtige Antwort auf den wachsenden Zulauf für rechte Parteien in ganz Europa kann nur sein, ihnen und ihren Parolen entschlossen entgegen zu treten. Bündnisse für Toleranz und Mitmenschlichkeit oder Kein Ort für Nazis in vielen Städten sind Ausdruck einer demokratischen, emanzipierten Zivilgesellschaft.

Auch in unserer Stadt Frankfurt (Oder) gibt es viele engagierte Menschen, die sich im Alltag, bei fremdenfeindlichen Übergriffen und nicht zuletzt den Aufmärschen diesem menschenverachtenden Mob entschieden in den Weg stellen. Dankeschön Euch allen!

Wir alle zusammen müssen deutlich machen, dass Parteien wie die AfD keine sozialen Parteien oder gar Alternativen sind. Es bedarf einer klaren antirassistischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Haltung ohne Wenn und Aber. Wer nie wieder Krieg will, darf nie wieder Faschismus zulassen. Vor 71 Jahren wurde die Welt von der Tod und unsägliches Leid bringenden Barbarei des deutschen Faschismus' befreit.

Wir gedenken und danken den unzähligen Menschen, die das unter dem Einsatz ihres Lebens ermöglicht haben.

Der 8. Mai muss endlich ein gesetzlicher Feiertag werden.“

(es gilt das gesprochene Wort)

www.dielinke-ffo.de

www.frankfurtoder.vvn-bda.de

Respektvolle Ehrung: Werner Kulla, Sandra Seifert und Wolfgang Neumann verneigen sich im stillen Gedenken.

Auf geht's – ab geht's Ende Gelände

Weltweit wächst der Widerstand gegen die zerstörerischen Folgen der Kohleverstromung. Besonders in den Kohleabbaugebieten sind viele nicht länger bereit die Kosequenzen für eine jahrzentelang falsche Energiepoltitk zu Gunsten großer Energiekonzerne zu tragen. Viele fordern einen umwelt- und sozialverträglichen Kohleausstieg und einen nachhaltigen Strukturwandel in der Lausitz.

FOTO: 350.ORG / RUBEN NEUGEBAUER / CC BY-NC 2.0

Vom 9. bis zum 16. Mai fanden rund um den Tagebau Welzow Süd und das Braunkohlekraftwerk „Schwarze Pumpe" vielfältige Protestaktionen statt. Neben dem Lausitzcamp gab es viele Aktionen des zivilen Ungehorsams und eine von vielen Initiativen organisierte Demonstration gegen Kohleverstromung. Die Anzahl der Teilnehmer*innen, das große mediale Interesse und die Vielfalt der Aktionsformen zeigt eindrucksvoll, dass die Anti-Kohle Bewegung Unterstützung aus breiten Teilen der Gesellschaft erhält.

DAS LAUSITZCAMP

Klimaaktivist*innen aus ganz Deutschland und Europa schlugen in Proschim vom 9. bis 16. Mai ihre Zelte im Lausitzcamp auf. Das Dorf Proschim ist derzeit vom neuen Tagebau Welzow Süd II bedroht und steht damit sinnbildhaft für die zerstörerischen Folgen des Braunkohleabbaus in der Lausitz.

Einer der diesjährigen Höhepunkte des Camps war eine gemeinsame Demonstration aus einem breiten Bündnis verschiedener Organisationen und Initiativen am 14. Mai gegen neue Tagebaue. Ab 13 Uhr demonstrierten hunderte Klimaschützer*innen im Lausitzer Braunkohlerevier gegen neue Tagebaue und für die Energiewende. Der Demonstrationszug startete in Welzow und endete im vom geplanten Tagebau Welzow Süd II bedrohten Dorf Proschim.

In vielfältigen Redebeiträgen wurden sowohl die Perspektiven von Abbagerungsgegner*innen vor Ort, als auch nationale und internationale Positionen aufgezeigt. Gemeinsam fordern die Demonstrant*innen die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele. Das bedeutet, dass der Kohleausstieg und damit ein sozialverträglicher Strukturwandel jetzt eingeleitet werden muss.

WIDERSTAND IST VIELFÄLTIG

Die Gruppe „Ende Gelände" hatte für das Pfingstwochenende zu verschiedenen Aktionen des zivilen Ungehorsams aufgerufen. Diese Aktionen richteten sich nach einem vorher veröffentlichten Aktionskonsens, laut dem von den Aktivist*innen keine Gewalt ausgeht. Die Aktionen richteten sich nicht gegen Polizist*innen oder Arbeiter*innen des Energiekonzerns. Die hunderten Aktivist*innen, die sich an der Aktion beteiligten, setzten ein eindrucksvolles Zeichen gegen die zerstörerische Kohleverstromung.

Im Verlauf des Wochenendes wurden mehrere Gleise, Kohlebagger und das Kraftwerk Schwarze Pumpe kurzzeitig besetzt. Die blockierte Bahnverbindung dient dazu, das Vattenfall-Kraftwerk „Schwarze Pumpe" mit Braunkohle aus den benachbarten Tagebauen zu beliefern. Das Kraftwerk Schwarze Pumpe zählt europaweit zu den größten Produzenten klimaschädlicher Emmissionen. Angesichts der vielfältigen Massenproteste des Bündnisses „Ende Gelände" sowie Aktionen von Kleingruppen zu Pfingsten ging Vattenfall die Kohle aus – das Kraftwerk „Schwarze Pumpe" wurde daraufhin auf Notbetrieb heruntergefahren.

WIDERSTAND STÖSST AUF KRITK

Kritik an den Protesten gibt es allerdings auch, unser Landesverband ist in der Frage Kohleausstieg gespalten. Der Kreisverband Lausitz sieht in den Protesten ein Problem: „Die angekündigten Aktionen führen jedoch bereits im Vorfeld zu einer Polarisierung vor Ort. [...]

Wir wollen keine neuen Gräben, sondern vielmehr gemeinsam die Zukunft der Region gestalten. Dazu gehören für uns auch die Beschäftigten in den Kraftwerken und Tagebauen.

DIE LINKE hat sich bereits vor sieben Jahren für einen mittelfristigen, planmäßigen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ausgesprochen. Unsere politische Zielzahl ist unverändert. Wir wollen bis 2040 aus der Verstromung der Braunkohle aussteigen. Dafür bedarf es verlässlicher bundespolitischer Rahmenbedingungen sowie finanzieller Unterstützung durch Bund und Land. Darüber hinaus werden wir den Strukturwandel jedoch nur bewältigen, wenn er mit den Menschen aus der Region gemeinsam gestaltet und von ihnen getragen wird.

DIE LINKE teilt viele Forderungen des gleichzeitig stattfindenden Klimacamps. Wir sehen keine energiepolitische Notwendigkeit für den Tagebau Jänschwalde-Nord. Ebenso lehnen wir den Neubau von Braunkohlekraftwerken ab. Umsiedlungen ganzer Dörfer für die Verstromung von Braunkohle sind für uns im 21. Jahrhundert nicht akzeptabel."

Jan Augustyniak

Gemeinsam und friedlich für einen Strukturwandel in der Lausitz

Im Zusammenhang mit den Kohleprotesten am Pfingstwochenende in der Lausitz, erklärt der Fraktionsvorsitzende Ralf Christoffers: Proteste gegen neue Tagebaue und gegen eine Braunkohleverstromung sind legitim, wenn sie friedlich verlaufen. Wir bekräftigen, dass wir die Gefährdung von Menschen und Sachbeschädigungen ablehnen. Die Mehrzahl der Demonstranten hat sich am Pfingstwochenende daran gehalten. Umso bedauerlicher ist es, dass nun Blockaden und Ausschreitungen bis hin zu Manipulationen an Gleisen von einzelnen Gruppen diesem Protest ihren Stempel aufgedrückt haben.

Festzustellen ist, dass diese gewaltsame Form des Protestes in der Region nicht verankert ist und den dringend notwendigen Dialog zur Perspektive der Region keinesfalls befördert hat.

Die Energiewende sowie der damit verbundene Strukturwandel in der Lausitz muss im Gespräch und im gemeinsamen Handeln mit allen beteiligten Akteuren gestaltet werden. Dafür wirbt DIE LINKE ausdrücklich.

Das war das Brückenfest 2016

Die Veranstalter*innen DIE LINKE. Frankfurt (Oder), der DGB Frankfurt (Oder) und seine Einzelgewerkschaften, ziehen eine positive Bilanz. Über 18.000 Gäste erlebten ein friedliches Brückenfest 2016, im Geiste eines lebenswerten, menschenwürdigen und weltoffenen Frankfurt (Oder).

Auch in diesem Jahr wurde das Brückenfest dem Anspruch gerecht, das größte nichtkommerzielle Fest für die ganze Familie in Frankfurt (Oder) zu sein. Zwar gab es einen leichten Besucher*innenrückgang, jedoch kamen immer noch über 18. 000 Gäste auf die nördliche Oderpromenade, um bei sommerlichen Temperaturen einen schönen 1. Mai zu verleben.

Neben unseren Partner*innen, dem Verein Depot 2004 e.V. und der Kindervereinigung Mit Kindern für Kinder e.V., namen fast 40 weitere Vereine, Parteien und Initiativen die Gelegenheit wahr, sich einem großen Publikum zu präsentieren.

Nicht nur auf den vier Bühnen war eine große Fülle unterschiedlicher Kulturen zu erleben. Auch die Gäste des Brückenfestes aus Frankfurt, Slubice und der näheren Umgebung, aber auch aus vielen anderen Teilen der Welt, spiegelten die Vielfalt des Festes eindrücklich wider.

Die Kampagne der LINKEN "Das muss drin sein" war, neben vielen kommunalen Anliegen, das beherrschende Thema im Politzentrum. In Gesprächsrunden wurden unter anderem die Themen "Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit" und "Integration und Flüchtlingspolitik" behandelt. Als kompetente Gesprächspartner*innen waren neben vielen weiteren, Helmut Scholz (MdEP), Thomas Nord (MdB) und René Wilke (MdL) vor Ort.

Ein besonderer Dank gilt den rund 70 Genoss*innen und anderen fleißigen Helfer*innen, die durch ihren persönlichen Einsatz teilweise in Doppelschichten beim Auf- und Abbau, bei der Betreuung des Kuchen- und Bücherstandes, aber auch bei der anschließenden Reinigung des Geländes, einen unverzichtbaren Beitrag zur Realisierung des Brückenfestes geleistet haben.

Hinzu kommen noch die vielen Kuchenbäcker*innen, die mit viel Fleiß dafür gesorgt haben, dass der LINKE Kuchenstand mit 64 Kuchen sehr reichhaltig ausgestattet war. Herzlichen Dank!

Auch der Bücherstand der Frankfurter LINKEN war wie in jedem Jahr ein gefragter Anlaufpunkt. Ein Dankeschön an alle Bücher-Spender*innen!

Die Aktion "Meine Rote Nelke für die Kinder von Tschernobyl und die Kindervereinigung Frankfurt (Oder)" war erneut ein großer Erfolg. Es kamen stattliche 307,50 € zusammen.

Die Abgabe von 3.000 Nelken als Schnittblumen gegen Spende, erbrachte eine Summe von 688,50 €.

Der Erlös der Spendenaktionen in Höhe von 996,00 € geht an "SODI - Solidaritätsdienst International e.V." für die Finanzierung von Kuraufenthalten von Kindern, die durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl geschädigt sin. Und zudem an die "Kindervereinigung Mit Kindern für Kinder e.V.", die mit dem Geld Ferienaufenthalte für Kinder durchführt, deren Eltern sich eine Ferienfahrt sonst nicht leisten könnten.

Ein großes Dankeschön geht auch an den Sanitätsdienst Paramedic, dessen Mitglieder zu Lande und zu Wasser völlig reibungslos die medizinische Betreuung des Brückenfestes abgesichert haben.

Sehr positiv ist außerdem die gute Zusammenarbeit mit der Polizei zu erwähnen. Wir konnten erstmals unser Hausrecht konsequent durchsetzen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind, oder in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, des Festgeländes verweisen.

Wir freuen uns auf das 25. Brückenfest im Jahr 2017!

Frauen in MINT-Berufe!

Die Abkürzung „MINT“ steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – also für Aufgabenfelder, die vermeintlich Männerdomänen sind. Dafür ins Feld geführt werden Argumente wie: Welche Frau hat wesentliche technische Erfindungen vorzuweisen, welche Leistungen in theoretischer Physik und Mathematik gehen auf sie zurück? Die Frage nach den Chancen der Frauen, sich so am Waschbrett oder in der Küche beim Kartoffelschälen eine Relativitätstheorie, einen Energieerhaltungssatz oder eine elegante mathematische Problemlösung einfallen zu lassen, wird dabei schlicht übergangen. Trotz zahlreicher Bemühungen in den letzten Jahren, sind Mädchen und Frauen in Deutschland, noch immer unterrepräsentiert in den sogenannten MINT-Fächern und –Berufen. So konnte der Frauenanteil bei den Absolventinnen an Brandenburger Hochschulen im MINT-Bereich in den letzten acht Jahren um gerade einmal 5 % erhöht werden (2008 lag er bei 28 %, 2014 bei 33 %).

Aber woran liegt es, dass sich so wenig Frauen und Mädchen für den MINT-Bereich entscheiden? Spielt das Geschlecht bei der Berufswahl eine so entscheidende Rolle?

Die Antwort scheint simpel: Ja, es ist tatsächlich so. Eine Ursache kann in der geschlechterspezifischen Sozialisation gesehen werden. So suggerieren uns zum Beispiel gängige Werbeanzeigen täglich, welche Rollen welchem Geschlecht zugeschrieben werden. Schaut man sich nur Plakate in der Umgebung an, findet man selten eine Frau die an einem Auto bastelt oder technische Großgeräte bedient.

Damit werden traditionelle Rollenbilder gefestigt, auf eine subtile und oft unbewusste Weise. Aber auch die Überforderung mit der eigenen Lebensplanung führt junge Menschen nicht selten zum Rückgriff auf Stereotype als sichere Entscheidungshilfen. Gleichwohl haben die Beteiligten der Berufswahl (Eltern, Verwandte, ErzieherInnen, LehrerInnen) ein Geschlecht und beurteilen die Berufsvorstellungen aus ihrer geschlechterbezogenen Perspektive heraus. Die Berufswahl ist ein kontinuierlicher Prozess, deshalb sollten Frauen schon frühzeitig die Möglichkeit erhalten, positive Erfahrungen im Umgang mit Zahlen, Formeln, Technik und handwerklichen Anforderungen zu machen.

Das Image der MINT-Berufe gehorcht ebenfalls Stereotypen und wird oft stereotypisch dargestellt. Technische Berufe gelten als „unweiblich“ und schmutzig. Auf Flyern dieser Berufe sieht man zumeist männliche Gesichter. Der Baumarktfachberater ist selbstverständlich ein kräftiger, versierter Mann, der sein Pendant, den unermüdlichen und cleveren Heimwerker berät.

Trotz beklagtem Fachkräftemangel sind Frauen mit MINT-Abschlüssen häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als ihre männlichen Kollegen. Sie verdienen deutlich weniger oder arbeiten häufiger Teilzeit. Auch spielt die Vereinbarung von Familie und Beruf eine große Rolle. Eine verbesserte Betreuungssituation der Kinder durch Betriebskitas, individuelle Arbeitszeitoptionen, Entgeltgleichheit und Wechselmöglichkeiten zwischen Vollzeit und Teilzeit wären Schritte in die richtige Richtung!

Anne Müller
Kreisvorstand DIE LINKE. Dahme Spreewald
www.dielinke-lds.de

Aus der BO Nord: Anregungen und Kritik

Wir sprachen in der Mitgliederversammlung unter anderem auch über die Kampagne “Das muss drin sein!”. Mehrheitliche Position: “Wir sind als LINKE damit bisher kaum in der Breite der Bevölkerung angekommen – und auch auf dem Brückenfest haben wir da keinen weiteren Durchbruch erreicht.”

Unsere beiden Parteivorsitzenden haben uns nun eine Gesamtstrategie vorgeschlagen, um damit die gesellschaftliche Verankerung der Partei zu stärken und unsere Parteikultur einer aktiven Mitgliederpartei weiter zu entwickeln. Position: “Das ist ein wichtiges Anliegen. Die vorgeschlagenen fünf Schwerpunkte korrespondieren mit dem Kampagnethema. Aber – wir haben diese Thematik nicht das erste Mal benannt. Wir müssen gemeinsam überlegen, wo die Ursachen dafür liegen, dass uns die sozialen und ökologischen Themen und Bewegungsansätze immer mal wieder wegrutschen.

Den Menschen sich zuzuwenden, eine Kultur der Selbstermächtigung und Beteiligung durch Organisierung an der Basis entwickeln. Wie wollen wir das anpacken, wer setzt sich den Hut auf, wie können wir “Alten” da mitwirken?

Bemängelt wurde auch der ungenügende Kontakt zu den Mitgliedern der Fraktion. Es war mal Mode, dass die gewählten Stadtverordneten der LINKEN Sprechstunden in ihren Wahlkreisen durchführten, oder die Stadtverordneten nahmen an den Beratungen der Stadtteilkonferenz teil – all das ist eingeschlafen.

Die Mitglieder der BO Nord sprechen die Erwartung aus, dass die BO-Vorsitzenden noch vor dem Bundesparteitag mit unseren Kandidatinnen, Kandidaten und Delegierten sprechen und ihnen Erwartungen und Positionen mit auf den Weg geben.

Und sie erwarten bei der Auswertung des Bundesparteitages vor allem eine politisch – inhaltliche Betrachtung und Orientierung, also anders als beim letzten Mal nur ein Stimmungsbild.

Günther Wullekopf
im Auftrag der BO Nord

Kuba im Herzen

Wenige Tage nach dem 110. Gründungstag unserer Stadt- und Regionalbibliothek stellte dort am 20.04.2016 in einer Veranstaltung unter dem Titel „Kuba im Herzen“ Genosse Erik Rohrbach sein 43. Minibuch vor und berichtete - damit zusammenhängend - von seinen Erlebnissen im fernen Inselstaat.

Erik Rohrbachs Lesung wird von den Vertretern der Kubanischen Botschaft (v. l. n. r.: Yanet Robanina Sevilla - Dolmetscherin, Juan Parra Fellové - Verantwortlicher für Kultur und dessen Ehefrau Gladys Carrizo Alvárez) aufmerksam verfolgt. Weitere Gäste waren u. a. Wolfgang Neumann und Thomas Nord.
FOTO: WOLFGANG FROTSCHER

Das Treffen erhielt eine besondere Note durch die Gäste von der kubanischen Botschaft in Deutschland, an der Spitze Herr Juan Parra Fellové, durch unseren Bundestagsabgeordneten Thomas Nord, den Vorsitzenden der SVV Frankfurt (Oder) Wolfgang Neumann und den Vertreter des Freundeskreises Minilibris, Herrn Peter Goslar.

Frau Riedel als kommissarische Leiterin der Bücherei ließ es sich nicht nehmen, alle Gäste/Zuhörer im vollbesetzten Raum herzlich zu begrüßen. Dem schloss sich Genosse Rohrbach an und drückte seine Freude über die Teilnahme so vieler Freunde Kubas und Freunde des Buches an dieser Veranstaltung aus. Dann las er einige Geschichten aus seinem neuen Minibuch vor und erzählte anschließend von weiteren Erlebnissen und Eindrücken. Wir Zuhörer merkten an seiner Begeisterung, dass Kuba sein "Sehnsuchtsland" ist, seine Frau Hannelore und er durften die Haltung der Menschen, ihren Fleiß, die Liebe zu ihrem Land, ihre Gastfreundschaft erleben und würdigten sie ebenso wie die Natur und das Meer.

Anschließend ergriff Herr Fellové das Wort. Als kubanischer Bürger und offizieller Vertreter seines Staates konnte er natürlich noch ausführlicher von seinem Land, auch von seiner Geschichte erzählen als es Touristen nach einem dreiwöchigen Urlaub möglich ist. Ich bedauerte, dass ich auf Grund der Übersetzung von seinen Ausführungen nicht alles verstanden habe.

Anschließend überreichte Genosse Neumann den kubanischen Gästen als Dank für ihr Auftreten und als Erinnerung einen Bildband über Frankfurt (Oder).

Bei so manchem Zuhörer wird der Wunsch aufgekommen sein, Kuba selbst einmal zu erleben. Dafür warb die Inhaberin eines Frankfurter Reisebüros. Der Preis für eine Kuba-Reise ist aber auch hoch: Pro Person im Doppelzimmer weit mehr als 2.000 Euro - ganz bestimmt gerechtfertigt, aber nicht jeder kann sich das leisten.

In einer stillen Stunde las ich die Kurzgeschichten zwei-, manche dreimal und kam zu dem Schluss: Kuba muss ein liebenswertes Land sein mit lebensfrohen Menschen und einer reichen Natur.

Erik ist gutes Gelingen zu wünschen bei all den noch anstehenden Vorhaben mit seinem Minibuch „Kuba im Herzen“.

Herta Scholze

Neues aus dem Kabarettkeller

Es wird eine Schutzengel-Agentur gegründet und als besonders schutzwürdig unsere „Angie“ angesehen und schon schweben „3 Engel für Angie“ durch das Unterhaus des Frankfurter Rathauses, dem Kabarettkeller.

Die Mitwirkenden Lisa Brinkmann, Madleen Wegner und als erfahrener „Oberengel“ Margit Meller sowie der Mann am Keyboard boten am 24. April wieder unseren Genossinnen und Genossen, ihren Freunden und Bekannten unterhaltsame Stunden beim Besuch des aktuellen Kabarettprogramms. „Angie“ im Zwiegespräch mit den Schutzengeln und die große Koalition mitsamt der Opposition bekamen ihr Fett weg.

Beim fiktiven Einkauf im hiesigen Oderturm kam natürlich auch die Stadtpolitik zur Sprache: Zwei Freundinnen sinnieren über Urlaubspläne, Koffer packen und das andere Geschlecht. Sie besprechen Vorschläge zur Weltverbesserung durch eine militante Rentnergang, da die Jugend im digitalen Delirium lebt, die mittleren Jahrgänge mit Job, Familie und Freizeit voll ausgelastet sind demzufolge es die Alten nun richten müssen und wollen. Es wurden auch die Pressefreiheit der Medien, die sich in immer weniger Händen befindet, und die daraus folgende Manipulation diskutiert, weshalb im Schlusswort an alle Zuschauer geraten wurde: „Selber denken“.

Allen Akteuren war die Spielfreude und Begeisterung über das Zusammenspielen anzumerken und es wurde oft herzlich gelacht. Besonders beeindruckten auch die auf Highheels absolvierten, deshalb fast akrobatisch anmutenden Tanzeinlagen des Engels Lisa Brinkmann.

Insgesamt gesehen war es wieder ein gelungener Nachmittag, den die AG Senioren der LINKEN unter tatkräftiger Mitwirkung aller Besucher beim Besorgen des „leiblichen Wohls“ organisiert hat. Hoffen wir, dass für die fehlende Bedienung aus dem benachbarten Restaurant bald eine Lösung gefunden wird. Trotzdem – viele von uns werden zur nächsten Premiere wieder dabei sein.

Elke Thiele
AG Seniorinnen und Senioren
www.dielinke-ffo.de/die-linke/partei/arbeitsgemeinschaften/ag-seniorinnen-senioren

Rassismus bekämpfen!

Am vergangenen Montag wurden in der Frankfurter Innenstadt vier geflüchtete Menschen rassistisch beleidigt, angegriffen und geschlagen. Umstehende Passant*innen applaudierten den Angreifer*innen und skandierten ausländerfeindliche Parolen.

Dieser Vorfall zeigt erneut, wie die rechtspopulistische, fremdenfeindliche Hetze der vergangenen Monate ein Klima der Gewalt geschaffen hat, von dem sich einzelne "Patriot*innen" zum Ausleben ihres Hasses legitimiert und angestachelt fühlen.

Neben einer umgehenden strafrechtlichen Verfolgung, ist eine unmissverständliche und entschlossene Reaktion der Zivilgesellschaft unverzichtbar. Rassimus, Fremdenhass und Neonazismus sind keine Erscheinungen des "Randes der Gesellschaft". Sie sind längst in Teilen der sogenannten "bürgerlichen Mitte" angekommen.

Es gilt weiterhin, gegen diese braunen Umtriebe mit aller Kraft Widerstand zu leisten. Gegen Dummheit und Fremdenhass - für eine solidarische und friedliche Gesellschaft.

Organisiert und engagiert Euch in antifaschistischen, antirassistischen Parteien, Initiativen und Gruppen! Unterstützt die Proteste gegen Demonstrationen von Neonazis und Rassist*innen in Frankfurt (Oder) und anderswo - vor allem durch Eure Teilnahme an den Gegenaktionen!

Und greift ein, wenn Menschen in Euere Umgebung diskriminiert, beleidigt oder gar angegriffen werden!

Willi Wallroth

Pressemitteilung

Dokumentiert: Pressemitteilung der Polizeidirektion Ost vom 24.05.2016

„Am 23.05.2016, gegen 21:10 Uhr, befanden sich vier Asylbewerber aus Syrien, Somalia und Ägypten an der Straßenbahnhaltestelle Heilbronner Straße, als sie von mehreren Männern angesprochen wurden. Diese beleidigten die Asylsuchenden im Alter von 17 bis 35 Jahren und ein 17-jähriger Syrer erhielt einen Schlag ins Gesicht.

Daraufhin suchten die Angegriffenen ihr Heil in der Flucht. Zwei rannten in Richtung des Eingangs eines Kaufmarktes davon, wurden jedoch von einer dreiköpfigen Gruppe verfolgt und geschlagen. Dabei fielen wiederum beleidigende und ausländerfeindliche Worte. Verbale Unterstützung erhielten die Verfolger dann noch von einigen Personen, die sich im Umfeld des Geschehens aufgehalten hatten und ebenfalls ausländerfeindliche Parolen skandierten. Die Geschädigten erlitten keine sichtbaren Verletzungen, eine ärztliche Behandlung war nicht notwendig.

Durch Hilfe von Zeugen konnte die Polizei in der Folge bei der Nahbereichsfahndung schnell einen der Täter greifen. Mit einem Atemalkoholwert von 3,70 Promille kam der 32-Jährige, welchem der Schlag gegen den 17 Jahre alten Syrer vorgeworfen wird, in Gewahrsam. Jetzt ermitteln Kriminalisten der Direktion Ost wegen gefährlicher Körperverletzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.“

https://polizei.brandenburg.de/pressemeldung/asylbewerber-angegriffen/269044

Dank an "neues deutschland" und an Dr. Thomas Falkner

Die Basisvorsitzenden aus Frankfurt (Oder) haben am 7. April 2016 einen Brief an den Landesvorsitzenden und an die neu gewählten Landesvorstand geschrieben. Wir taten das, weil wir Sorge haben, DIE LINKE könnte als Partei in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Thomas Falkner charakterisiert den Weg weg von der SED zur PDS als im Kern den einer „Sozialdemokratisierung“. Womit er Recht hat. Wir wollten und wollen aber keine „SPD light“ sein oder werden. Ja, es ging und geht uns um den Platz einer „radikalen Linken”. Dieser Platz muss in der heutigen Gesellschaft unbedingt konstruktiv besetzt sein. Er wird nicht vergeben, er muss durch Haltung und Handeln im täglichen Leben errungen werden. Die Geschichte lehrt: es ist außerordentlich schwer – einerseits die Systemfrage zu stellen, – andererseits pragmatisches Handeln auf kommunaler und Landesebene zu praktizieren.

Thomas Falkner resümiert: „Auf der Suche nach dem Platz der ‘radikalen Linken’ in Deutschland hat sich auch für DIE LINKE dieser Dualismus ‘als nicht tragfähig’ erwiesen.“

Seine Schlussfolgerung: „Nicht die Radikalität von Fragestellungen und Analysen, nicht die Radikalität der Zukunftsvisionen oder der fundamentalen Alternativen allein machen die moderne ‘Radikale Linke’ in dieser Zeit aus, sondern die Radikalität praktisch verfolgbarer Lösungsansätze!”

Diese Schlussfolgerung ist offensichtlich leichter gesagt und aufgeschrieben, als praktisch umzusetzen. Trotz aller Versuche, positive Beispiele aktiven linken Handelns weltweit zusammenzutragen – es bleibt im Resultat, wir verlieren an Einfluss – und rechtsnationalistische Ansichten sind im Vormarsch. Ich stehe nicht an zu behaupten, wir Linke seien zu dumm, um in diesem finanzkapitalistischen System handlungsfähig zu bleiben. Aber ist es vielleicht nicht so, dass wir die stetig gepredigte “Vereinzelung”in der finanzkapitalistischen Gesellschaft und die daraus folgende “Ellbogenmentalität” unterschätzt haben? Der Pendelausschlag der Entsolidarisierung zwischen den einzelnen Individuen und zwischen den Völkern und Staaten ist noch nicht oben angekommen. Unter diesen Bedingungen zu glauben, es reiche “den uralten zivilisationsgeschichtlichen Geboten von Mitmenschlichkeit zu entsprechen und danach zu handeln”– und das als neue soziale Idee der radikalen Linken zu titeln – ich glaube, das wird uns nicht viel weiter bringen.

In drei Punkten folgen bei Thomas Falkner Überlegungen, auf welchen Gebieten und Wegen wir uns als radikale Linke erweisen und nutzbar machen sollten. Nehmen wir das als Anregung und Aufforderung, darüber im Kreisverband Frankfurt (Oder) und im Landesverband Brandenburg unbedingt weiter nachzudenken und unser Handeln entsprechend zu verändern.

Günther Wullekopf

Tschernobylwoche in Frankfurt (Oder)

Auch in diesem Jahr haben die SODI! – Gruppen entlang der Oder (Schwedt, Wriezen, Seelow, Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt anlässlich der Tschernobylwoche Veranstaltungen der verschiedensten Art durchgeführt.

Diese dienten dem Gedenken der Opfer der Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima vor 30 beziehungsweise 5 Jahren. Aus Weißrussland waren der Direktor Dr. Nesterenko und der leitende Techniker Krasnopyrow vom regierungsunabhängigen Institut für Strahlensicherheit BELRAD und Sergej Galuso vom Reisebüro „Sputnik“ aus Witebsk für eine Woche unsere Gäste.

Am 26. April, in Erinnerung an den Tag des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Jahre 1986, fand unter der organisatorischen Leitung des Friedennetzes ein Gedenken mit Glockenläuten am Oderufer statt.

Am 28. April wurde in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Logenstraße zu einer Gesprächsrunde mit den Gästen aus Weißrussland eingeladen. Thematisch diente die Veranstaltung der Erinnerung an den Reaktorunfall, dem Gedenken der Opfer der Katastrophe, des Heldentums der Liquidatoren und der Hilfe für die Opfer der Katastrophen durch Menschen aus vielen Ländern Europas und der Welt. Die Hilfsorganisation SODI! – Solidaritätsdienst International e.V. und ihre Gruppen in Schwedt, Wriezen, Seelow, Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt betreiben seit 1995 Hilfsprojekte in Weißrussland.

In einem Kurzfilm wurden die Hilfen für das unabhängige Institut für Strahlensicherheit in Minsk, eine Schule im Dorf Sokolowka in einem stärker strahlenbelasteten Gebiet, die Durchführung von Kuraufenthalten von durch Strahlung erkrankten Kindern aus der Stadt Mogiljow und die Unterstützung eines Vereines von Familien mit behinderten Kindern im Ort Kritschew dargestellt. Ein besonderes Hilfsprojekt wird durch die SODI-Gruppe in Schwedt seit vielen Jahren begleitet.

Nastja, ein Mädchen aus Witebsk, kam strahlengeschädigt mit einem Beinstumpf zur Welt. Durch die Bereitstellung von Prothesen und spezielle Operationen in Schwedt gelang es, Nastja das Laufen zu ermöglichen. Bei den Aufenthalten in Schwedt fand sie viele Freund*innen und Unterstützer*innen. Inzwischen spricht sie auch sehr gut Deutsch, ist 17 Jahre alt und wird nach dem Schulabschluss studieren können.

In diesem Jahr war ein Höhepunkt der Hilfsaktionen die Übergabe von 25.000 € für den Kauf eines neuen Untersuchungsfahrzeuges für das Institut BELRAD in Minsk. Damit kann die ambulante Messtätigkeit in noch strahlenbelasteten Gebieten an Menschen und Lebensmitteln weitergeführt werden.

Warum ist es 30 Jahre nach der Reaktorkatastrophe noch erforderlich, solche Messungen durchzuführen? – eine Frage

die immer wieder gestellt wird. Dr. Nesterenko führte dazu aus, dass auch für die nächsten Generationen in den verstrahlten Gebieten akute Gefahren für die Menschen bestehen. Gedacht wurde auch der Spendenaktionen in den ersten Jahren nach der Katastrophe für Kinderheime und Kinderorganisationen in und um Witebsk.

Auch in diesem Jahr geht die Hälfte der Spendengelder aus dem Vertrieb der Mainelken an die Hilfsprojekte in Weißrussland. Teilnehmer einer durch das SODI-Mitglied Hagen Weinberg im Jahre 2015 nach Weißrussland organisierten Reise berichteten von dem Besuch der Schule in Sokolowka und dem Institut BELRAD. Zum Brückenfest war die SODI-Gruppe Frankfurt (Oder) wieder mit einem Stand präsent. Neben vielen guten Gesprächen wurde auch für die Hilfsprojekte gespendet.

Vielen Dank allen Spendern und langjährigen Begleitern der Hilfsaktionen!

Frank Mende

Tschernobyl: 30 Jahre danach

30 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl was hat sich seit dem verändert? Erst dachte ich Tschernobyl ist weit weg und die Meschen, welche davon betroffen wurden taten mir unendlich leid.

Ich fühlte mit ihnen und war zur jeglichen Solidarität bereit. Als das Ausmass dieser atomaren Katastrophe immer deutlicher wurde, begann auch bei mir der Kopf zu denken.

Was ist mit unseren Standorten in Rheinsberg, in Lubmin und mit dem Reaktor am Forschungsinstitut in Dresden? Kann hier auch so etwas passieren? Sind wir hier besser geschützt? Oder gibt es gar keinen sicheren Schutz vor Atomreaktoren? Ist die Kernspaltung vielleicht doch nicht die Energieerzeugung der Zukunft? So viele Fragen und so wenig Antworten.

Heute bin ich, wie viele andere Menschen auch, schlauer. Ich bin mir sicher, dass der Strom, welcher aus Kernenergie gewonnen wird, der teuerste Strom aller Zeiten ist. Doch die Atomlobby ist stark, weil sie meint: Jetzt wird verdient und wir müssen nur so tun, als wenn genug Rücklagen für die Nachsorge gebildet wurden.

Doch das ist ein fataler Irrtum! Ich war

schon drei mal im Strahleninstitut in Minsk. Bei den Besuchen ist mir immer mehr zu Bewusstsein gekommen, auf welch lange Zeit wir uns mit den Folgen von nuklearen Katastrophen beschäftigen müssen.

Anlässlich des 30. Jahrestages des Reaktorunglückes von Tschernobyl trafen sich Menschen am 26. April zum Glockengeläut auf der Oderpromenade. Danach fuhren wir nach Fürstenwalde in den Dom zur Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg

„WIR HABEN NUR DIE EINE ERDE".

Dort wurde von SODI ein Scheck über 25.000 Euro an den Direktor des Strahleninstitut Minsk übergeben. Danke an alle Spender aus Eisenhüttenstadt, Frankfurt(Oder), Fürstenwalde, Schwedt und der Umgebung!

Dieses Geld wird für die Beschaffung und Ausstattung des zweiten von uns gespendeten mobilen Strahlenmessungsauto gebraucht und verwendet. Ich hoffe im Nahmen von SODI und der der betroffenen Menschen in Weissrussland, der Ukraine und Russland, dass unsere Spendenbereitschaft nicht aufhört und ein Umdenken schnell in Taten umgesetzt wird.

Annelie Böttcher

Brief von Helmuth Markov

Liebe Genossinnen und Genossen,

am vergangenen Freitag habe ich beim Ministerpräsidenten meinen Rücktritt eingereicht.

Ich habe erkannt, dass die Vorwürfe gegen mich eine zu große Belastung für die Partei und die Koalition im Land geworden sind. Wer mich kennt weiß, dass ich immer peinlichst darauf geachtet habe, dienstliche und private Dinge zu trennen. Im Juni 2010 habe ich diese Sorgfalt offensichtlich einmal nicht walten lassen. Mich muss damals mein politisches Bauchgefühl verlassen haben. Anders kann ich es mir und euch nicht erklären, warum ich damals einen Transporter für eine private Fahrt vom BLB genutzt habe. Auch wenn die Nutzung juristisch möglich war, hätte ich wissen müssen, dass es aus moralischer Sicht dafür kein Verständnis geben konnte. Für diesen Fehler stehe ich nun sechs Jahre später gerade.

Ich bin froh, dass ich in den vergangenen Jahren einiges für dieses Land und die Partei bewegen konnte und ich bin dankbar, dass viele engagierte Genossinnen und Genossen mich dabei unterstützt haben.

Herzliche Grüße
Helmuth Markov

Zum Rücktritt von Helmuth Markov

Du warst und stehst wie eine Festung in der Brandung. Deine Überzeugungen, Diskussionen und Argumente für unsere Ideale haben oft Zweifler in unseren Reihen wieder aufgerichtet und zum weiterkämpfen erzogen.

Als linker Finanz – und Justizminister müsstest Du, als ein erfahrener Mann, wissen, wie es im "Haifischbecken des Kapitals" zugeht.

Eine Uneinsichtigkeit, ein gewisser Egoismus und auch mal ein Fehlverhalten einzuräumen, hat uns als Linke, besonders in Brandenburg, geschadet. Leider hatte die bürgerliche Presse in der Vergangenheit über dein positives Wirken für unsere linken Ideale deinen Namen nur zögerlich veröffentlicht, wie gerade jetzt?

Denkt alle mal darüber nach.

Rolf Müller

Impressum

DER ROTE HAHN
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzende Sandra Seifert

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 4002047
Telefax: (0335) 4002031

Email: geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
Internet: www.dielinke-ffo.de
Facebook: www.facebook.com/dielinkeffo

Redaktion AG DER ROTE HAHN
Email: der-rote-hahn@dielinke-ffo.de
Beiträge bitte an diese Adresse senden!

Druck: Eigendruck
Auflage: 600
Nächste Ausgabe: 30.06.2016
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 24.06.2016

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten. Die Rechte an den Bildern liegen, sofern nicht anders gekennzeichnet, beim Kreisverband DIE LINKE. Frankfurt (Oder).

Spendenkonto
Kontoinhaber: **DIE LINKE. Frankfurt (Oder)**
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende**
(Kontonummer: **32 00 616 899**
Bankleitzahl: **170 550 50**)

Homophobie entgegentreten – das ganze Jahr über!

Am 17. Mai war der internationale Tag gegen Homophobie.

Viel ist schon erreicht worden in den vergangenen zehn Jahren im Kampf gegen Homophobie und für die Anerkennung und Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, intersexuellen und transgender Menschen. Das notwendige gesellschaftliche Klima von Respekt und Akzeptanz kann nur entstehen, wenn die Diskriminierung von Lebensweisen auch politisch beendet wird. Die angekündigte Rehabilitierung und Entschädigung der über 50.000 Opfer des sogenannten „Schwulenparagrafen" §175 StGB muss zügig umgesetzt werden.

Das jahrzehntelange Unrecht muss wieder gut gemacht werden. Homophobie – die Angst vor Homosexualität und gleichgeschlechtlicher Liebe – ist trotz vieler rechtlicher Fortschritte im Alltag noch weit verbreitet. In den letzten Jahren können wir beobachten, wie in Deutschland, genauso wie in anderen europäischen Ländern, mehr Stimmen Gehör und Akzeptanz finden, die sich für eine patriarchale Gesellschaftsordnung und gegen jegliche sexuelle Selbstbestimmung einsetzen. Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Nicht nur heute, sondern über das ganze Jahr.

Christian Görke
www.dielinke-brandenburg.de

Ein Stolperstein für Herman Boian

Fortsetzung des Artikels aus der letzten Ausgabe

In der letzten Ausgabe haben wir uns dem Stolperstein und dem Wirken von Hermann Boian gewidmet, in dieser Ausgabe gehen wir der Frage nach, welche Geschichte hinter der Straßenbenennung steckt.

Der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Willy Jentsch hatte während seiner Haft im KZ Buchenwald Zeugen Jehovas kennen und wegen ihrer Standhaftigkeit und Solidarität mit anderen Lagerinsassen schätzen gelernt. Nach dem Krieg wurde er zum Bürgermeister und Stellvertreter des OB Wegener gewählt, nach Wegeners Amtsniederlegung Ende 1948 zum Oberbürgermeister. Es galt u. a. nazistisch klingende Straßennamen auszuwechseln. Bürgermeister Jentsch ließ eine Liste von Frankfurter Opfern des Faschismus aufstellen, aus der er die Namen für die Straßen auswählte, so auch den vom Bibelforscher Boian.

Würdigung und Anerkennung: Der Initiator des Projektes Stolpersteine, der Kölner Künstlers Gunter Demnig, trug sich am 12. Mai 2016 ins Goldene Buch der Stadt Frankfurt (Oder) ein.

Verlegung des Stolpersteins für Margarete Landshoff am 13. Mai 2016 in Frankfurt (Oder)

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte nach dem Krieg das Verbot der Zeugen Jehovas aufgehoben. Erst durch die DDR-Regierung wurde per 31. August 1950 das Verbot erneuert (hielt bis zum 14. 3. 1990 an). Am 9. September 1948 erwirkte Willy Jentsch einen Beschluss des Rates zur Umbenennung der Straßen, darunter der Ostmarkstraße in Hermann-Boian-Straße, und legte der Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluss zur Bestätigung vor. Am 25. Juli 1960 schlug die Sozialkommission der Organisation der Verfolgten des Nazi-Regimes (VdN) dem Rat der Stadt vor, eine Gedenktafel am Torbogenhaus, Hermann-Boian-Str. 11, anzubringen.

Das geschah auch, allerdings ohne Hinweis von Boians Zugehörigkeit zu einer wieder verbotenen Religionsgemeinschaft. (Im Gegensatz dazu stand auf anderen VdN-Gedenktafeln stets „Sozialdemokrat, „Kommunist“, „Jude“ o. ä.) Dazu erschienene Zeitungsartikel enthielten ebenfalls keine diesbezüglichen Aussagen. Auch Hefte der Reihe „Frankfurt-Information F. I. “glänzten mit Schweigen zur H.- Boian-Straße – es gab sie offenbar gar nicht. Und selbst die entsprechende Straßenakte im Ordnungsamt war leer.

Wie peinlich musste es den Stadtoberen gewesen sein, ein Mitglied der verbotenen Zeugen Jehovas per Straßennamen geehrt zu haben! Das durfte auf keinen Fall publik werden! Deshalb auch keine neuerliche Umbenennung ; man hätte sie ja begründen müssen. Also musste der Mantel des Schweigens her und eine Räumung der Akten – und das mit Gründlichkeit!

Am 14. Januar bestätigte mir Fritz Krause diese meine Vermutung n einem Interview mit den Worten: „Genauso war’s!“

Hannelore Skirde
www.stolpersteine-ffo.de

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
ist Mitglied im Bündnis
Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)

www.kein-ort-fuer-nazis.org

Unterstützung für Libyen dient nur der Flüchtlingsabwehr

Der EU-Außenministerrat diskutierte am 23. Mai über eine militärsiche Unterstützung Libyens.

Alle Pläne der EU zur militärischen Ausbildung und Ausrüstung oder zur Lieferung einer Küstenwache haben doch nur das Ziel, weitere Flüchtlingswege nach Europa zu schließen. Mit Gaddafi hatte die EU bereits einen schmutzigen Deal zur Flüchtlingsabwehr. Dass die Friedensnobelpreisträgerin EU das nun offensichtlich wiederholen will, ist beschämend.

Bis heute gibt es keine legitime Regierung in Libyen. Die sogenannte Einheitsregierung ist eine Farce, denn weder regiert sie, noch hat sie die Unterstützung von wichtigen Milizen und Stämmen im Land. Hier hat der Westen sich eine Schein-Regierung herbeiphantasiert, um einen willfährigen Kooperationspartner in der Flüchtlingsabwehr zu haben. Diese sogenannte Regierung jetzt auch noch militärisch aufzurüsten wäre fatal, denn damit würde die EU nichts anderes tun, als eine Seite von vielen im libyschen Bürgerkrieg zu bewaffnen. Damit wird nur der brutale Bürgerkrieg weiter befeuert.

Jan van Aken
www.linksfraktion.de
www.jan-van-aken.de